

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
181 · Ausgabe Region Bern · April 2019



ZUKUNFT BAHNHOF BERN

Wichtige Weichenstellung für ÖV, Fuss- und Veloverkehr

MIT DEM AUS- UND UMBAU DES BAHNHOFES BERN VERSCHIEBEN SICH AUCH DIE PASSANTINNENSTRÖME RICHTUNG WESTEN. UM GENÜGENDE PLATZ FÜR DEN FUSS- UND VELOVERKEHR ZU SCHAFFEN, BRAUCHT ES EINE MASSIVE REDUKTION DES AUTOVERKEHRS. Michael Sutter, Stadtrat Bern

Die neue Personenunterführung der SBB und die Verlegung des RBS-Bahnhofs führen zu einer massiven Verlagerung der PassantInnenströme in den Raum Bubenbergplatz und zu den ÖV-Haltestellen im Hirschengraben. Dieser wird dadurch noch mehr zu einer reinen Verkehrsdrehscheibe und kann der Funktion als Parkanlage kaum mehr gerecht werden. Für die SP Stadt Bern ist es aber unumgänglich, dass die Verkehrsanlagen und der öffentliche Raum so umgestaltet werden, dass sie die zusätzlichen PassantInnenströme bewältigen können. In der öffentlichen Mitwirkung hat sich die SP denn auch positiv zu den Verkehrsmassnahmen ZBB geäussert. Den folgenden Aspekten muss bei der weiteren Planung jedoch besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Vergrößerung des Perimeters und Entflechtung der Verkehrsströme

Damit eine ganzheitliche Planung möglich ist, muss der Projektperimeter auf den gesamten Stadt- und Strassenraum rund um den Bahnhof ausgeweitet werden. Dazu gehören insbesondere der gesamte Bubenbergplatz, der Bahnhofplatz und das Bollwerk. Im Bahnhofsbereich muss ausreichend Platz für Fussverkehr, Velos und ÖV geschaffen wer-

den – wenn immer möglich auf getrennten und klar zugeordneten Verkehrsflächen. Diese drei Verkehrsträger gilt es gleichberechtigt zu behandeln.

Um eine sichere und konfliktfreie Querung des Bubenbergplatzes zu ermöglichen, ist die geplante Passage für FussgängerInnen von der neuen SBB-Unterführung zum Hirschengraben zwingend zu realisieren.

Ausreichend kostenlose Veloabstellplätze

Derzeit besteht im Bereich Bahnhof ein grosser Mangel an Veloabstellplätzen. Um diesen zu beheben, braucht es auch zusätzliche unterirdische Abstellanlagen. Falls sich dafür kein anderer Standort in der Nähe finden lässt, unterstützt die SP Stadt Bern den Bau einer grossen Velostation unter dem Hirschengraben. Weil im Gegenzug die temporären oberirdischen Veloabstellplätze im Hirschengraben aufgehoben werden, soll die Benutzung der Velostation während 24 Stunden kostenlos sein. Zudem muss auch weiterhin eine gewisse Anzahl an oberirdischen Veloabstellplätzen zur Verfügung stehen. Bei der Bereitstellung von ausreichend Abstellplätzen müssen endlich auch die Bahnunternehmen, die den Grossteil des Bedarfs verursachen, eingebunden werden und ihre Verantwortung wahrnehmen.

Tempo 30 und autofreier Bahnhofplatz

Der Autoverkehr in der Innenstadt muss weiter reduziert und der Bahnhofsperrimeter vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Mit der Einführung von Tempo 30 kann zudem die Sicherheit erhöht und der Verkehr verflüssigt werden. Der Bahnhofplatz ist vom Autoverkehr zu befreien, wie dies die SP bereits vor über zehn Jahren in einer Initiative gefordert hatte, die nur denkbar knapp abgelehnt wurde. Dem Schutz der angrenzenden Wohnquartiere vor Mehrverkehr muss dabei eine hohe Priorität eingeräumt werden. Um dies sicherzustellen, sind Abbiegeverbote und Dosierstellen sowie eine grossräumige Umleitung des Durchgangsverkehrs auf die Autobahn vorgesehen.

Werden diese Grundsätze bei der weiteren Planung umgesetzt, kann im Raum Bahnhof zukünftig ausreichend Platz für umweltfreundliche und stadtverträgliche Mobilitätsformen – ÖV, Fuss- und Veloverkehr – zur Verfügung gestellt werden.

ÖV, Fuss- und Veloverkehr gilt es gleichberechtigt zu behandeln.



STÄDTISCHE ABSTIMMUNG

4 x JA, weil Kultur uns etwas wert ist!

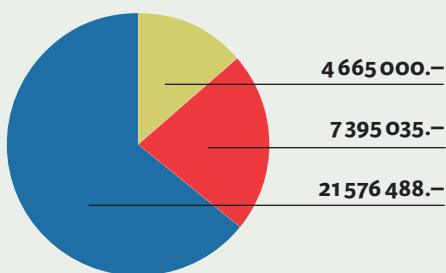
AM 19. MAI 2019 STIMMEN WIR IN DER STADT BERN ÜBER DIE LEISTUNGSVERTRÄGE FÜR DAS BERNISCHE HISTORISCHE MUSEUM, FÜR KONZERT THEATER BERN, DIE KORNSHAUSBIBLIOTHEKEN UND DIE DAMPFZENTRALE FÜR DIE LEISTUNGSPERIODE 2020 – 2023 AB.



Katharina Altas,
Stadträtin und
Literaturagentin,
Bern

Die städtische Kulturförderung kann grob in drei Bereiche unterteilt werden: die institutionelle Förderung mit mindestens drei Finanzierungsträgern (Kanton, Regionalkonferenz Bern-Mittelland RKBM und Standortgemeinde), die städtische institutionelle Förderung und die individuelle bzw. direkte Förderung. Gegenüber der jetzigen Leistungsperiode erhöhen sich die Investitionen in Kultur um sieben Prozent bzw. 2,3 Mio. Franken. Die SP Stadt Bern begrüsst die zweckgebundene Erhöhung.

Kulturförderung Bern 2020 – 2023



- Individuelle Förderung in CHF
- Institutionelle Förderung in CHF
- RKBM-Verträge/Anteil Stadt Bern in CHF

Drei Finanzierungsarten: Ein kurzer Überblick und was sich verändert

Tripartit finanziert – Die tripartite Finanzierung von Kulturangeboten ist ein Meilenstein in der Kulturförderung und hilft dabei, die Zentrumslasten besser zu verteilen. Hier wurden die Subventionen leicht erhöht. Eine zweckgebundene Erhöhung wurde dem Konzert Theater Bern, dem Bernischen Historischen Museum und den Kornhausbibliotheken gewährt.

Städtisch gefördert – Bei den zwölf ausschliesslich von der Stadt Bern subventionierten Institutionen wurde mit dem Schwerpunkt «Zeitgenössisches Kulturschaffen» eine Gewichtung vorgenommen. So wurden für das Theaterfestival auawirleben, das Schlachthaus Theater und die Dampfzentrale die Subventionen erhöht.

Direkte Förderung – Bei der direkten Förderung, die auf Projektgesuche hin von den Kulturkommissionen gewährt wird, ist eine Erhöhung um 16 Prozent auf 4,67 Mio. Franken gewährt worden. Damit wird eine seit langem bestehende Forderung der SP Stadt Bern erfüllt.

Vier zentrale Themen

Auch wenn das Kulturangebot in der Stadt Bern schon heute vielfältig und qualitativ hochstehend ist, werden wir uns unter anderem für diese Themen einsetzen:

Diversität und Inklusion – In Bern leben Menschen aus 161 Nationen. Es braucht mehr

Anstrengungen von Kulturveranstaltern, diese Diversität in Programm, Personal und Publikum sichtbar zu machen. Barrierefreiheit, aber auch Kultur von Menschen mit einer Behinderung sollen Teil des Berner Kulturschaffens sein. Diversität in den Gremien sollte zur Selbstverständlichkeit werden.

Soziale Sicherheit der Berner Kulturschaffenden – Im Alter sollten Kulturschaffende besser abgesichert sein. Ein Vorstoss der SP-Fraktion im März 2018 verlangte, dass bei städtischer Förderung bereits ab dem ersten Franken in die Altersvorsorge eingezahlt wird. Die städtische Regelung sieht heute vor, dass ab 10 000 Franken Förderung pro Jahr in die Altersvorsorge einbezahlt werden kann (6 Prozent Kulturschaffende, 6 Prozent Förderer). Wir sehen diese Hürde als zu hoch an.

Kinder- und Jugendkultur – In unserem Positionspapier und im Kulturstrategieprozess setzen wir uns dafür ein, dass Kinder- und Jugendkultur mehr Gewicht erhält. Erfreulich ist, dass durch die Schaffung der Kommission für Kinder- und Jugendkultur nun ein Kredit und ein Expertengremium zur Verfügung steht, um dies gezielt zu fördern – beispielsweise mit einer Jugendkulturpauschale, bei der Jugendliche Eingaben machen können.

Kultur braucht Sichtbarkeit – Damit das vielfältige Kulturangebot in Bern sichtbar wird, braucht es eine zentrale Veranstaltungsdatenbank. Alle Kulturinteressierten sollten auf einfache Weise einen guten Überblick über das Kulturangebot erhalten. Hier hinkt Bern anderen Städten hinterher.

Kultur ist uns etwas wert! Darum 4 x JA zu den Kulturleistungsverträgen.

STÄDTISCHE ABSTIMMUNG

JA zum Rahmenkredit zum Erwerb von Liegenschaften

AM 19. MAI ENTSCHEIDEN DIE BERNER STIMMBERECHTIGTEN ÜBER EINEN RAHMENKREDIT ZUM ERWERB VON LIEGENSCHAFTEN IN DER HÖHE VON 60 MILLIONEN. DAMIT SOLL DER STÄDTISCHE FONDS FÜR BODEN- UND WOHNBAUPOLITIK DIE MÖGLICHKEIT BEKOMMEN, RASCH LIEGENSCHAFTEN ZU ERWERBEN UND SO GÜNSTIGEN WOHNRAUM ZU SCHAFFEN UND LANGFRISTIG ZU ERHALTEN.

■ In der Stadt Bern herrscht Wohnungsnot. Der Leerwohnungsanteil liegt seit Jahren unter 0,5 Prozent.

■ Davon betroffen sind Menschen aus allen Schichten, insbesondere aber Menschen mit bescheidenen Einkommen wie RentnerInnen, Alleinerziehende, Menschen in Ausbildung, etc.

■ Die Stadt Bern besitzt etwa 2000 Wohnungen, bei einem städtischen Bestand von rund 77000 Wohnungen. Damit hat sie nur beschränkten Einfluss auf den Wohnungsmarkt – im Unterschied etwa zu Wien, wo die Stadt und ihre Genossenschaft die Mehrheit der Wohnungen besitzt.

■ Ein grosser Teil des städtischen Wohnraums ist für Menschen mit bescheidenen Einkommen reserviert. Der Stadtrat hat den Gemeinderat beauftragt, diesen Anteil zu steigern. Mittelfristig sollen 1000 Wohnungen mit GüWR-Auflagen zur Verfügung stehen. GüWR bedeutet günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien.

■ Trotzdem ist die Nachfrage grösser als das Angebot. Hier macht sich bemerkbar, dass die Stadt Bern, wie andere Städte auch, seit 2000 einen Entwicklungsschub erlebt. Die Zahl der BewohnerInnen wuchs in diesem Zeitraum von 126 500 auf über 142 500 Personen, Tendenz weiter steigend.

■ Um verschiedene Bedürfnisse abzudecken, muss die Stadt deshalb zusätzlichen Wohnraum zur Verfügung stellen – vor allem dort, wo der Markt nicht funktioniert.

■ Wohnungen in bestehenden Liegenschaften sind meistens günstiger als in Neubauten. Sie spielen deshalb bei der Beschaffung von günstigem Wohnraum eine wichtige Rolle.



Johannes Wartenweiler,
Stadtrat Bern

■ Liegenschaften erwirbt die Stadt über den städtischen Wohnbaufonds, der seit Mitte der 1980er-Jahre für die städtische Wohnbaupolitik verantwortlich ist. Im Wohnbaufonds stimmberechtigt sind drei GemeinderätInnen, Chefbesamte und vom Stadtrat gewählte Mitglieder der Parteien von SVP bis Grünes Bündnis.

■ Der Fonds und der Gemeinderat können in eigener Zuständigkeit Liegenschaften bis zu einem Wert von 5 Millionen Franken erwerben. Wenn die Kaufsumme höher ist, entscheidet der Stadtrat, ab 10 Millionen Franken die Stimmbewölkerung.

■ Politische Prozesse nehmen Zeit in Anspruch. Bei grösseren Projekten kann die Stadt deshalb nicht so schnell handeln, wie es nötig wäre, um ein Geschäft erfolgreich abzuschliessen. Verkaufswillige BesitzerInnen stehen unter Zeitdruck (etwa bei einer Erbteilung) oder möchten nicht in öffentliche politische Beratungen verwickelt werden.

■ Der Gemeinderat schlägt deshalb einen Rahmenkredit für den Erwerb von Liegenschaften vor. Dieser Vorschlag geht zurück auf einen Vorstoss von SP, GB und GFL, der 2017 eingereicht wurde.

■ Dieser Rahmenkredit in der Höhe von 60 Millionen Franken ist auf vier Jahre beschränkt. Mit diesem Betrag lassen sich je nach Grösse etwa 150 bis 250 Wohnungen erwerben. Der Kredit ist ein Signal, dass die Stadt ihre wohnpolitischen Aufgaben ernst nimmt.

■ Die Stadt kauft ausschliesslich Liegenschaften, die ihr zu einem fairen Preis angeboten werden. Sie beteiligt sich nicht an der Liegenschaftsspekulation und der Gemeinderat legt Rechenschaft ab über die Verwendung des Kredits.

Deshalb empfehlen Gemeinderat und Stadtrat, diesem Kredit zuzustimmen und damit einen Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot zu leisten.

Detaillierte Unterlagen findet ihr im Abstimmungsbüchlein, das rechtzeitig vor der Abstimmung aufgeschaltet wird unter: www.bern.ch/themen/stadtrecht-und-politik/abstimmungen-und-wahlen/abstimmungen/abstimmungsdaten



Frauen*streik: Bern organisiert und mobilisiert sich

IN DER GANZEN SCHWEIZ LAUFEN VORBEREITUNGEN FÜR DEN NATIONALEN FRAUEN*STREIK VOM 14. JUNI 2019. AUCH IN DER STADT UND IM KANTON BERN TUT SICH ETWAS: DIE KOORDINATIONSGRUPPE BERN STECKT MITTEN IN DEN VORBEREITUNGEN. EIN EINBLICK UND AUFRUF.

Seit letztem September vernetzen sich Frauen* aus der Region Bern im Rahmen der Frauen*streik-Koordination. Wir tauschen uns dort selbstorganisiert und gemeinschaftlich über unsere persönliche Motivation, Streikgründe und Forderungen aus, sammeln Ideen und planen Aktionen.

Unsere Frauen*streik-Treffen sind für alle Frauen* zugänglich – egal, ob sie politisch organisiert sind oder nicht – und in ihrer Vielfalt offen für unterschiedliche Lebens- und Arbeits-Erfahrungen sowie Herkunft. Jede von uns beteiligt sich auf ihre Art am Frauen*streik und im eigenen Wirkungskreis sowie entsprechend ihren (zeitlichen) Möglichkeiten. Wir sind verschieden, aber solidarisieren uns und setzen uns gemeinsam ein: Gegen Diskriminierung und für echte Gleichstellung.

Auch wenn viele von uns in Gewerkschaften, Parteien und weiteren politischen Gruppen aktiv sind, legen wir an unseren Treffen Wert darauf, dass Frau* für sich als Person spricht und nicht als Vertreterin



Nicole Cornu, Frauen*streik-Koordinationsgruppe Bern

einer bestimmten Gruppierung. Dies ermöglicht unbürokratische Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Für uns ist der Frauen*streik nicht nur ein Arbeitsstreik, sondern auch ein politischer und sozialer Streik. Je nachdem, wo wir sind und wie wir leben, streiken wir deshalb unterschiedlich. Am Arbeitsplatz,

Für uns ist der Frauen*streik nicht nur ein Arbeitsstreik, sondern auch ein politischer und sozialer Streik.

zuhause und in der Öffentlichkeit. Es gibt viele Möglichkeiten, mitzumachen: von der klassischen Ar-

beitsniederlegung bis zum Tragen einer bestimmten Farbe oder eines Buttons, um sich zu solidarisieren.

Neben den monatlichen Treffen der Koordinationsgruppe organisieren wir Stammtische sowie Veranstaltungen oder Aktionstage, beispielsweise zum gemeinsamen Malen von Transparenten und Fahnen. Zur Regionalkoordination in Bern sind in der Zwischenzeit lokale Komitees in Thun, Biel, Kehrsatz, Köniz, Langenthal und im Berner Oberland dazugekommen. Auch mit Streikkollektiven der anderen Regionen sind wir gut vernetzt. Wir informieren und inspirieren uns gegenseitig und nehmen an nationalen Koordinationstreffen teil.

Mach auch du mit

Der Frauen*streik lebt von uns allen. Bring dich in die regionale Streikkoordination Bern ein oder organisiere dich zusammen mit Arbeitskolleginnen, Freundinnen und Nachbarinnen. Wir unterstützen dich dabei! Gemeinsam mit euch möchten wir uns vernetzen, damit am 14. Juni möglichst viele Menschen im Kanton Bern Farbe bekennen und tatsächliche Gleichstellung einfordern.

Übrigens: In der Region Bern gibt's auch eine solidarische Gruppe namens «Männer* für den Frauen*streik». Diese plant eigene Aktionen, um den Frauen*streik tatkräftig zu unterstützen. Interessierte melden sich bei: soli@frauenstreiken.ch

Kontakt Streikkoordination Bern

Die nächsten Gelegenheiten, uns zu treffen, bieten sich am Samstagabend 27. April an der Frauen*streik-Bar im Progr-Innenhof und am Sonntag, 28. April, am Treffen der Streikkoordination Bern im Gemeinschaftsraum Warmbächli (Güterstrasse 8, Bern). Auf unserer Webseite finden sich unter «Agenda» weitere Veranstaltungen sowie die Möglichkeit, sich für unseren Newsletter anzumelden. Wir freuen uns auf euch!

www.frauen-streiken.ch
wir@frauen-streiken.ch
www.facebook.com/Frauenstreik

